

Adorfer Grenzboten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Delsitz, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft und des Stadtrates zu Adorf.

Verantwortlicher Schriftleiter, Drucker und Verleger Otto Meyer in Adorf

Tel. Adr.: Grenzbote

Nr. 68.

Freitag, den 23. März 1923.

Jahrg. 88.

Neue Zuckerpreise.

Der zur Verteilung kommende Verbrauchszucker im März darf im Kleinhandel

höchstens kosten: Melis und Raffinade bis zu 1210 Mk. das Pfund, Lompen, Puderzucker und Brote bis zu 1370 Mk. das Pfund, Würfelzucker in allen Sorten bis zu 1460 Mk.

Delsitz i. B., 21. März 1923.

Der Bezirksverband.

Was gibt es Neues?

Der Reichskanzler Dr. Cuno trifft am 23. März in Stuttgart ein.

Die große politische Aussprache im Reichstage wird erst nach den von Ende dieser Woche bis zum 11. April dauernden Osterferien stattfinden.

Nach einer Meldung der „Rigaischen Rundschau“ soll Polen Wärschen auf Königsberg haben.

Der Fehlbetrag für 1922 beträgt über 7 Billionen Mark.

Der in Paris verhaftete Kommunist Höllein hat dem Untersuchungsrichter erklärt, er werde für den Fall, daß er nicht als politischer Gefangener behandelt würde, in einen Hungerstreik eintreten.

Guillaume hat bereits die Leitung der Ingenieurkommission an Stelle Cosies übernommen.

Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat 184 neue Ausweisungen von Beamten angeordnet, darunter sind 75 Zoll- und 59 Eisenbahnbeamte.

Leutnant a. D. Koppach ist auf Verhängung des Untersuchungsrichters aus der Haft entlassen worden.

Französische Illusionen.

Wie kommen die Franzosen dazu, sich einzubilden, es müsse alles nach ihrem Wunsch und Willen gehen? Sie legen nicht nur ihre Gewaltakte gegen Deutschland als Rechtsurteile aus, sie drohen schon England, wenn es sich der Politik gegen uns nicht anschließen will, mit dem neuesten Pariser Schlagwort, daß Frankreich stark genug sei, durchzusetzen, was seine Interessen verlangten, das heißt, Europa auf den Kopf zu stellen, wenn es dies für notwendig halte.

Woher kommt diese Anmaßung? Weil es im Kriege am meisten geschädigt worden ist? Daher nicht, denn es ist anerkannt, daß es einen verhältnismäßigen Anspruch auf Schadloshaltung hat. Auch seine „Siege“ geben ihm kein Recht darauf, denn schließlich weiß die Pariser Regierung doch sehr wohl, daß auch diese „Siege“ nur Illusionen sind, daß sie nicht durch großartige französische Genialität, sondern durch den englischen Beistand und durch die schließlich den Ausschlag gebende amerikanische Uebermacht herbeigeführt wurden.

Der erste Napoleon wiegte sich in der Illusion, daß er der Herr von Europa sei. Sein Neffe Louis Napoleon, der spätere Gefangene von Sedan, ging nicht so weit, hielt sich aber doch für die entscheidende Persönlichkeit in unserem Erdteil, ohne deren Zustimmung nichts in demselben geändert werden dürfe. Poincaré hält sich mindestens für einen zweiten Louis, vielleicht nicht deshalb, weil er wirklich davon überzeugt ist, aber er muß es seinen Landsleuten einreden, um sich auf seinem Posten zu behaupten. Wer den Franzosen die Einbildung, sie seien das erste Volk der Erde, nicht zu verschaffen weiß, der hat bei ihnen verspielt.

Die Illusion von der „großen Nation“, diese gefährliche Pariser Tradition, verdankt Frankreich in Wahrheit der Torheit des übrigen Europa. Seitdem jeder größere und kleinere, ja selbst aller kleinste Fürst und Herr seinen Nachfolger zur Seite schicken zu müssen glaubt, um dort Lebensart und Diplomatie zu lernen, wurde der französische Hof mit Ehrfurcht und Bewunderung betrachtet, und auch die Deutschen haben darin etwas Erleuchtendes gesehen. Was aus Paris kam, war tonangebend und blieb es, obwohl die Feindschaft Frankreichs gegen Deutschland offenbar war.

Dieses Gefühl der Schwäche hat sich in hohem Maße bis heute erhalten, und ist für manchen Staat die Ursache seiner politischen Fehler gewesen. Amerika, England, Italien, die romanischen und orientalischen Völkerstämme kennen den französischen Geist recht gut, aber sie können sich von der Vorliebe dafür nicht frei machen, wenigstens nicht in dem Maße, wie es wünschenswert ist. Denn das zunächst dem Glanz von Paris galt, das erstreckte sich bald auf das ganze Land und seine Bewohner. So ist es kein Wunder, daß es Deutschland schwer gehabt hat, gegen diese bevorzugte Stellung Frankreichs anzukämpfen, und daß dieses in der allgemeinen Völkersympathie den wertvollsten Verbündeten gehabt hat, den es sich nur wünschen konnte.

Was die Franzosen ihr Recht gegenüber dem Deutschen Reiche nennen, ist und bleibt also nichts als eine Einbildung, und die ganze Tradition von den Ansprüchen der „großen Nation“ ist nichts als blühende Phantasie.

Gegen die Geiselpolitik!

Deutschland fordert unparteiische Untersuchung.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat der französischen Regierung eine Note überreicht, in der gegen die Verhaftung von 10 Einwohnern der Stadt Essen, die anscheinend wegen der Erschießung eines französischen Kochs in einem von französischen Truppen besetzten Hotel erfolgt ist, Einspruch erhoben wird. Die Note schließt:

Die deutsche Regierung protestiert gegen die Festnahme der genannten Personen und verlangt ihre sofortige Freilassung. Da die deutsche Regierung nach dem bisherigen Verlauf der Ermittlungen über den von ihr vor kurzem zur Sprache gebrachten ähnlichen Vorfall in Duer befürchten muß, daß die zuständigen deutschen Behörden sich in Essen ebenso wie in Duer an einer erschöpfenden Feststellung des Sachverhaltes gehindert sehen werden, stellt sie außerdem den Antrag, sowohl den Vorfall in Duer, als auch den Vorfall in Essen sofort einer internationalen Untersuchungskommission zu unterbreiten. Diese Untersuchungskommission würde gemäß dem Haager Abkommen über die Erledigung internationaler Streitfälle von 1907 alle bei diesen Vorfällen in Betracht kommenden Tatfragen aufzuklären haben.

Ebenso wie gegen die Vorfälle in Essen ist auch gegen die gleichen Vorfälle in Necklinghausen von der Reichsregierung in einer Note bei der französischen Regierung schärfster Protest eingelegt worden. In der Note heißt es:

Der deutschen Regierung wird der Wortlaut eines von dem Kommandanten der 47. französischen Infanteriedivision in Necklinghausen, General Baumeist, unter dem 28. Februar 1923 erlassenen Befehls bekannt, der angeblich der Verhinderung von Sabotageakten an den Verkehrsmiteln dienen soll. Der Befehl läuft auf die Einführung eines allgemeinen Geiselsystems hinaus. Außerdem wird offen von dem System der Kollektivstrafen Gebrauch gemacht. Der Befehl stellt also einen neuen Verstoß der französischen Vorgesetzten dar, die deutschen Beamten und die deutsche Bevölkerung mit völlerrechtswidrigen Mitteln zu Dienstleistungen gegen das eigene Land zu zwingen. Die deutsche Regierung erhebt gegen diese neue Form der Vergewaltigung Protest.

Verhaftungen neuer Geiseln.

Außer den bereits gemeldeten Bankdirektoren hat die französische Besatzung in Essen noch einige weitere Bankdirektoren als Geiseln verhaftet. Es verlautet aus französischer Quelle, daß die Festnahme der Bankleiter als Geiseln erfolgt ist, um den Eingang der Geldbuße sicherzustellen, die der Stadt Essen angedroht ist für den Fall, daß der Mörder des französischen Soldaten nicht ermittelt wird.

Le Trocquers Milchmädchenrechnung.

Trügerische Hoffnungen.

Der französische Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer hat nach seiner Rückkehr aus Düsseldorf dem Vertreter der Habasagentur gegenüber die Erklärung abgegeben, daß er die im nördlichen Teil des Ruhrgebiets angehäuften Brennstoffmengen mit etwa einer Million Tonnen Kohle und mindestens 450 000 Tonnen Koks beziffere.

Hierzu bemerkt W. T. B.: Wenn zurzeit eine Million Tonnen Kohle und 450 000 Tonnen Koks im Ruhrgebiet auf den Halde liegen, so ist das nicht ein Ergebnis, das von den Franzosen erzielt worden ist. Diese Kohlen- und Koks mengen sind bisher von den Bergarbeitern freiwillig gefördert worden. Die Förderung hört auf jeder Grube auf, sobald die zwangsweise Abförderung einsetzt. Im übrigen ist die Abförderung mit Hilfe französischer Arbeiter unter bewaffneter Bedeckung bisher nicht über 400 Tonnen täglich hinausgegangen. Das ist noch nicht ein Prozent der deutschen freiwilligen Lieferungen vor dem 10. Januar 1923.

Die Antwort der Bergarbeiter.

Ebenso wie auf den Leichen Westerkhoff und Hiber-

nia haben die Franzosen jetzt auch auf der Höhe von cordia in Oberhausen damit begonnen, die dort lagernden Kohlen- und Koks vorräte zu verladen. Die Belegschaft der Zeche hat daraufhin die Arbeit eingestellt.

Die Not in Ost und West.

Die Oberschlesier beim Reichskanzler.

Unläßlich der Wiederkehr des ober-schlesischen Abstimmungstages fand am Dienstag ein Empfang des ober-schlesischen Hilfsbundes beim Reichskanzler statt. Zu dem Empfang waren der preußische Ministerpräsident und viele hohe Reichs- und Staatsbeamte, sowie der gesamte Vorstand des ober-schlesischen Hilfsbundes mit seinen beiden Vorsitzenden, Landgerichtsrat Szysze und Dr. Reichenheim, sowie der Geschäftsführer v. Godesberg, erschienen. Unter den Anwesenden bemerkte man zahlreiche Führer aus den Kreisen von Handel, Industrie, Finanz und Landwirtschaft.

Zunächst ergriff der stellvertretende Landeshauptrann und Vorsitzende des ober-schlesischen Provinziallandtages, Reichstagsabgeordneter Rfarrer Ullrich, das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er die Bedeutung des Abstimmungstages für Oberschlesien und ganz Deutschland schilderte. Er schloß mit einem Treugelöbnis Oberschlesiens für das deutsche Vaterland und mit einem warmen Appell an die wirtschaftlich starken Kräfte ganz Deutschlands, über der Not im Westen die Not im Osten nicht zu vergessen und den ober-schlesischen Hilfsbund auch weiterhin zu unterstützen.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler nahm das Treugelöbnis Oberschlesiens mit Worten des Dankes an die Erschienenen entgegen und wandte sich in einer großangelegten politischen Ansprache an die gesamte deutsche Ostfront. Er versicherte die deutsche Bevölkerung im Osten, insbesondere auch im Memelland und in Ostpreußen, vor allem aber auch in Oberschlesien selber, seiner dauernden persönlichen Anteilnahme und der beständigen Fürsorge der Reichsregierung. Der Reichskanzler ging dann auf die allgemeine Bedeutung der Treue Oberschlesiens und der kulturellen Mission des ober-schlesischen Hilfsbundes ein und beleuchtete in großen Zügen die Zusammenhänge zwischen dem Ringen um die Erhaltung deutscher Kultur im Osten und im Westen. Er schloß mit dem Appell, durchzuhalten bis zur Befreiung des Vaterlandes aus Knechtschaft und Unterdrückung.

Deutsches Reich.

Berlin, den 22. März 1923.

Die Wiederannahme der Tätigkeit der Schlichtungskommission. Eine Pariser Zeitungsmeldung besagt, die französische Regierung hätte in den letzten Tagen bei dem englischen Kabinett angefragt, ob dieses bereit sei, mit Frankreich zusammen die Tätigkeit der interalliierten Militärkommission in Deutschland wieder aufnehmen zu lassen. England habe sich in zustimmendem Sinne dazu geäußert. Der englische Vertreter in der Kommission, Oberst Bingham, hat aus London dieselben Befragungen erhalten wie General Roblet aus Paris. Die Kommission nimmt infolgedessen mit der inzwischen erfolgten Zustimmung Deutschlands ihre Tätigkeit wieder auf, doch hängt die praktische Durchführung ihres Programms davon ab, wie weit die lokalen deutschen Behörden die Kontrolle der inzwischen eingetretenen Unregelmäßigkeiten in der deutschen Entwaffnung (!) ermöglichen werden.

Kein deutsches Vermittlungsversuchen. Aus amerikanischen Quellen verlautet jetzt weitere Einzelheiten über den Inhalt der Note, die, wie in London so auch in Washington vom deutschen Votschaffer überreicht wurde. Die amerikanischen Nachrichten bestätigen, daß die Note kein Ersuchen um Vermittlung enthielt und keine Antwort erwartete und sich auch gar nicht mit der Ruhrbesetzung, sondern ausschließlich mit Reparationsfragen beschäftigte, wobei die Anschuldigungen der deutschen Regierung in dieser Frage lediglich zur Information des Weißen Hauses mitgeteilt wurden.

Die deutsche Dollar-Anleihe in Amerika. Das Bankhaus Parson Son and Cie. in New York erklärte, daß es sich um den Einspruch Frankreichs gegen die deutsche Dollaranleihe nicht zu befürmern habe. Ein Bankhaus sei keine politische Organisation. Das Staatsdepartement habe übrigens keine Einwendungen darüber